Zeitschrift: Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 57 (1978)
Heft: 11

Artikel: Alternative zum gescheiterten Weltwährungssystem
Autor: Meisel, Ernst E.
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-347582

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 15.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Ernst E. Meisel

Alternative zum gescheiterten Weltwährungssystem

Die ausgezeichnete Monatsschrift «Arbeit und Wirtschaft», Organ des österreichischen Gewerkschaftsbundes, beschäftigt sich immer wieder mit aktuellen Fragen der Wirtschaftspolitik. Grundsatzartikel aus der Sicht des österreichischen Wirtschaftslebens verdienen hierzulande schon deshalb Beachtung, weil die ökonomischen Verhältnisse unseres östlichen Nachbarlandes noch am ehesten mit denjenigen der Schweiz vergleichbar sind. Einen überzeugenden Anknüpfungspunkt sehen wir aber vor allem in dem Umstand, dass die Monatsschrift «Arbeit und Wirtschaft» wirtschaftspolitische Fragen aus sozialdemokratischer Sicht beurteilt. Eine Vereinbarung mit der Schriftleitung dieses bedeutenden Gewerkschaftsorgans gestattet es uns, die Gedanken von Ernst E. Meisel über Währungsfragen auch in unserer Zeitschrift zu publizieren. Sein Beitrag erschien in «Arbeit und Wirtschaft» etwas ausführlicher unter dem Titel «Weltwährungssystem gescheitert – Regionalwährungssystem möglich».

R. L.

Ein Währungssystem, auch Währungsverbund genannt, kommt im allgemeinen auf Grund einer Vereinbarung mehrerer Länder zustande, die sich verpflichten, ihre Wechselkurspolitik nach ganz bestimmten Regeln zu gestalten und Mitgliedsländern Währungsbeistand zu gewähren.

Zu den zentralen Zielen einer solchen Gemeinschaft gehört die Stabilhaltung des Aussenwertes ihrer Währungen, deren Veränderungen an einer bestimmten Bezugsgrösse (sei es an einer konkreten Währung wie der US-Dollar, der immerhin noch 32 Prozent der Mitglieder des Internationalen Währungsfonds [IWF] als Leitwährung dient, sei es an einer abstrakten Rechengrösse wie etwa einem Korb von gewichteten Währungen) gemessen werden.

Seit August 1971, als das für viele Länder der Welt feste Wechselkurse bestimmende Abkommen von Bretton Woods praktisch nicht mehr angewendet werden konnte, ist die Diskussion zu diesem Thema im Grunde nie zur Ruhe gekommen. Nach der Meinung der Befürworter hat nämlich ein solcher Währungsverbund und die mit diesem einhergehende relative Wechselkursstabilität für den Welthandel als Ganzes, aber auch für die Teilnehmer und hier insbesondere für kleine aussenhandelsabhängige Länder bedeutende Vorteile.

Die Schwäche des Dollars zu Jahresmitte 1978 hat auch wieder die Diskussion um die Schaffung eines auf Europa bezogenen Raumes der wechselkurspolitischen Stabilität sowie einer europäischen Währungseinheit angeregt.

Wechselkursstabilität, aber wie?

Die Nützlichkeit stabiler Wechselkurse wird allgemein anerkannt, doch scheiden sich die Argumente bei der Frage, wie dieses Ziel erreicht werden soll.

Die einen sprechen sich für internationale oder zumindest regionale Abkommen aus, die die Einhaltung verhältnismässig fester Wechselkurse der beteiligten Länder untereinander vorsehen und damit die Regierungen zwingen, ihre Wirtschaftspolitik auf den vereinbarten Wechselkurs auszurichten.

Die anderen zweifeln an der Möglichkeit, Wechselkursstabilität gleichsam zu dekretieren, und treten daher vordringlich für die Stabilisierung der güterwirtschaftlichen Faktoren ein, der dann die Wechselkursstabilität von selbst folgen würde.

In der vorliegenden Stellungnahme wird von der Annahme ausgegangen, dass es für ein Land durchaus sinnvoll sein kann, sich einen Wechselkurs vorzugeben oder auch vorzunehmen, der ein gegebenes oder auch nur angestrebtes Gleichgewicht in den Austauschbedingungen widerspiegelt, auch wenn man weiss, dass der Markt als der Ausdruck der güterwirtschaftlichen (aber auch der noch komplizierteren kapitalbewegenden) Kräfte seine eigene Bewertung zum Ausdruck bringen kann und damit früher oder später auch eine Änderung des Wechselkurses zu erzwingen imstande ist.

Es entstehen aber auch Angebots- und Nachfrageströme auf den Devisenmärkten, die von Erwartungen *zukünftiger* Veränderungen der Gleichgewichte – etwa auf Grund bestimmter Voraussagen und Annahmen – ausgehen, aber schon mit diesen von Erwartungen ausgelösten Transaktionen das internationale Wechselkursgefüge beeinflussen. Hier liegt es bei den Zentralbanken, sofern sie der Ansicht sind, dass sich im Gleichgewichtsgefüge *keine grundlegende Änderung* ergeben hat, auf den Markt mittels Interventionen (Devisenabgabe oder Devisenaufnahme) beruhigend einzuwirken.

In solchen Fällen erweist sich ein Währungsverbund mit entsprechenden Beistandsvereinbarungen als nützlich, weil er neben einem besseren Informationsaustausch die eigene Interventionskraft um ein Vielfaches stärken kann.

Internationale Währungsabkommen

Bestrebungen zur Schaffung stabiler Wechselkursverhältnisse in begrenztem geographischem Rahmen hat es in der Geschichte schon öfters gegeben. Im Grunde kann man auch die Münzkonventionen des vorigen Jahrhunderts dazuzählen, doch gehen internationale Vereinbarungen der Gegenwart über die blosse Festsetzung von Wechselkursen hinaus.

Die Gründung des Internationalen Währungsfonds im Jahre 1944 ist als Ergebnis des in der Wirtschaftskrise der dreissiger Jahre durchgemachten

Lernprozesses anzusehen. Es wurde erkannt, dass der Versuch, Leistungsbilanzungleichgewichte durch Abwertungen und Errichtung von Handelsschranken zu bekämpfen, zur Schrumpfung des Welthandels und damit zur Verringerung der allgemeinen Gesundungsmöglichkeiten führt.

In seiner nun bald 35jährigen Tätigkeit ist es dem IWF nicht nur durch seinen Währungsbeistand für Länder mit Währungsproblemen, sondern auch durch die bei den notwendigen Anpassungsprozessen gewährte Hilfe und Beratung gelungen, wesentliche Einschränkungen und Störungen des Welthandels von monetärer Seite her abzuwenden.

In einem Aufgabenbereich konnte der IWF allerdings keine Fortschritte erzielen, nämlich bei der Schaffung eines von nationalen Wirtschaften unabhängigen internationalen Geldes. Dieser Mangel hat denn auch 1971 zum Zusammenbruch dieses Systems geführt, das auf einem goldeinlösbaren amerikanischen Dollar begründet war.

Weltzahlungsmittel mit Schwächen

Der Dollar, noch in den fünfziger Jahren als stabile Währung angesehen, zeigt in der Gegenwart deutlich den Konflikt, dem jede nationale Währung, die gleichzeitig als internationales Geld dient, ausgesetzt ist: Die Umlaufmenge dieses Geldes im In- und Ausland hängt von der nationalen Wirtschaftspolitik ab, im vorliegenden Fall von jener der USA, und kann sich nicht in erster Linie nach dem Geldbedarf der Weltwirtschaft ausrichten.

So flossen im Zusammenhang mit dem Leistungsbilanzdefizit der USA in den Jahren 1974 bis 1977 rund 29,49 Milliarden Dollar in die Weltzirkulation und bereichterten im selben Zeitraum die Devisenreserven unter anderen auch der Zentralbanken um 58 Prozent, während sich der Welthandel nur um 33 Prozent ausweitete[1].

Diese zusätzliche Dollarflut, begleitet von einer 7- bis 8prozentigen Inflationsrate in den USA, untergräbt das Vertrauen in dieses Weltzahlungsmittel und veranlasst die Anleger, ihre Dollarbestände abzubauen und zum Beispiel in Gold, Yen und Schweizer Franken zu investieren.

Diese Umschichtungen rufen in den Wechselkursen der betroffenen Währungen Verzerrungen hervor, die weit über den ursprünglichen Anlass, im vorliegenden Fall das Leistungsbilanzdefizit der Vereinigten Staaten, hinausgehen und nur mit der bereits bestehenden Dollarfülle in der Welt erklärt werden können. Die kurzfristig fälligen Dollarforderungen der übrigen Welt gegenüber dem US-Bankensystem betrugen Ende 1977 rund 124 Milliarden Dollar[2].

---

[1] IFS – International Financial Statistics – Mai 1978.

[2] Federal Reserve Bulletin, April 1978.

Nunmehr scheint die Grenze der Aufnahmewilligkeit der übrigen Welt für Dollar sichtbar zu werden und die Frage nach der Schaffung eines eigenen regionalen Zahlungsmittels an Aktualität zu gewinnen.

Gold behält Reservefunktion

Als sich die USA bei Gründung des IWF im Jahre 1944 bereit erklärten, jederzeit Gold gegen Dollar zu einem Fixpreis abzugeben, verfügten sie sowohl über das grösste Industriepotential als auch praktisch über das gesamte Währungsgold der Welt.

Defizitäre Handelsbilanzen, Inflation, Kapitalexport und weltweites politisches Engagement führten zur Dollarschwemme, die es den Dollarbesitzern ratsam erscheinen liess, dieses Umtauschangebot in Gold anzunehmen. 1971 mussten die USA dieses grosszügige Angebot einstellen und kurze Zeit später den Dollar abwerten.

Seither halten praktisch alle Zentralbanken ihre Goldbestände fest und machen auch von der Möglichkeit, die ihnen kürzlich eröffnet wurde, ihr Gold auf dem freien Markt zu verkaufen, nicht Gebrauch. Lediglich der Internationale Währungsfonds gibt laufend Gold an den Markt ab und vermehrt damit das Angebot der Produzenten, die jährlich nicht ganz 1100 Tonnen an den Markt abgeben. Bei einem steigenden Bedarf für technische Zwecke sowie für Schmuck, Münzen und Medaillen usw. von rund 1700 Tonnen im Jahr reicht die Produktion nicht aus: Die fehlenden Mengen stammen in erster Linie aus Beständen des IWF, aber auch von Zentralbanken wie zum Beispiel der von Portugal, die Gold aus Liquiditätsgründen abgeben mussten.

In den USA, wo bisher der Besitz von Gold nicht gestattet war, ist zufolge der dort herrschenden Inflation beim Publikum eine starke Nachfrage vor allem nach dem südafrikanischen Kruger Rand zu verzeichnen, die die historische Rolle des Goldes als Wertbewahrer für private Anleger, von den inflationsgebrannten Franzosen schon lange erkannt, erneut bestätigt.

In Anbetracht der relativen Unterversorgung des Weltgoldmarktes mit neuproduziertem Gold kann auch für die Zukunft die wertbewahrende Rolle dieses Metalles als gegeben angenommen werden, so dass der Goldbestand der Zentralbanken, als «eiserne» Reserve unzweifelhafter Liquidität, kaum der Demonetisierung zum Opfer fallen wird.

Versuche zur Bildung eines europäischen Währungssystems

Die Europäische Gemeinschaft hat schon mehrmals versucht, zu einer Währungsunion zu kommen (zum Beispiel Werner-Plan vom 3. Februar 1971, EG-Aktionsprogramm vom November 1977). Der europäische Währungsverbund (auch Schlange genannt), der eine Vorstufe zur Währungsunion hätte sein sollen, ist derzeit auf fünf Mitglieder zusammengeschrumpft, die alle mit dem Wirtschaftsraum der Bundesrepublik Deutsch-

land stark verflochten sind (BRD, Niederlande, Belgien, Dänemark, Norwegen).

Grossbritannien, Italien und Frankreich sehen sich ausserstande, ihre Währungen den Erfordernissen dieses Verbundes entsprechend stabil zu halten.

Nun wurde im Juli 1978 bei der Tagung des Europäischen Rates der EG in Bremen ein neuer Plan vorgelegt, der über engere währungspolitische Zusammenarbeit im Rahmen des Europäischen Währungssystems (EWS) zu einer stabilen Währungszone in Europa führen soll.

Der Plan sieht die Schaffung einer Europäischen Währungseinheit (EWE) vor, die als Kern des Systems, geschaffen durch Hinterlegung von Gold, US-Dollar und eigene Währung, sowohl für den Zahlungsverkehr der Zentralbanken untereinander als auch als Wertmesser dienen soll.

Änderungen der Leitkurse sollen einvernehmlich vorgenommen werden. Nach einer angemessenen Zeit – der Plan spricht von zwei Jahren nach Einführung – sollen die bestehenden Vereinbarungen in einem Europäischen Währungsfonds (EWF) zusammengefasst werden.

Die Ähnlichkeit mit dem Internationalen Währungsfonds gemäss Bretton Woods ist unverkennbar, jedoch mit dem Vorteil einer kleineren, besser koordinierbaren Teilnehmerzahl. Auch bei diesem System wird es davon abhängen, ob es den Regierungen der Mitgliedsländer gelingt, die gute Absicht der Stabilhaltung ihrer Währung im wirtschaftspolitischen Alltag auch tatsächlich abzustützen.